

## **Deutsche Einheit ist eine tägliche Aufgabe**

**Petra Pau, Festrede zum Tag der Deutschen Einheit – Wismar,  
2. Oktober 2025**

Sehr geehrte Frau Präsidentin der Bürgerschaft,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Bürgerinnen und Bürger von Wismar,

es ist mir eine große Ehre, heute hier zu sprechen – am Vorabend des 35. Tages der Deutschen Einheit, in einer Stadt, die wie kaum eine andere die Geschichte von Umbrüchen und Hoffnungen, von Krisen und Aufbrüchen widerspiegelt.

Ich habe in den vergangenen Tagen mit Menschen aus Wismar gesprochen. Einer von ihnen hat die Zeit 1989/90 so erlebt wie ich – mit Hoffnungen, Sorgen, Unwägbarkeiten. Er wurde schnell in kommunale Ämter gewählt, konnte mitgestalten, und er tut dies bis heute.

Ein anderer Gesprächspartner kam Anfang der 2000er Jahre aus dem Süden hierher. Heute sagt er: „Ich bin ein Wismarer – und ein adoptierter Wessi.“ Auch das erzählt viel über die Einheit, über Fremdsein und Ankommen, über Heimat, die wächst.

Beide sprachen mit mir über die Werft. 1989 war sie Hoffnungsträger – und auch Sorgenkind. Heute laufen keine Kreuzfahrtschiffe mehr vom Stapel. Die Zukunft der Werft war lange ungewiss, und zugleich ist sie – wie so vieles – eingebunden in weltpolitische Entwicklungen.

Das alles erinnert mich daran, dass die Deutsche Einheit nicht nur ein Datum im Kalender ist. Sie lebt im Alltag, in den Biografien, in den Familien, in den Städten wie Wismar oder bei mir zu Hause in Marzahn.

Wenn ich auf das Jahr 1989 zurückblicke, dann ist für mich nicht der 9. November das entscheidende Datum. Natürlich – der Mauerfall war ein historisches Ereignis. Aber für mich war der 4. November 1989 prägend: die große Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz.

Dort begann ich zu begreifen:

Bürgerrechte und Demokratie auf der einen Seite und soziale Gerechtigkeit auf der anderen – das sind zwei Seiten einer Medaille.

Das hat mich seither nicht mehr losgelassen. Ich habe diesen Gedanken oft öffentlich wiederholt – auch im Bundestag.

Im Jahr 2009, in einer Debatte zur Wahrung der Grundrechte, hatte ich es mit einigen „Schreihälsen“ aus der CDU/CSU-Fraktion zu tun, die mir meine Biografie vorhielten. Ihnen habe ich gesagt: „Ja, ich bin in der DDR geboren, ich habe in der DDR Verantwortung getragen und 1989 die demokratische Wende, welche ich nicht erzwungen habe – auch das gestehe ich hier – hat mir nicht nur sehr viel Stoff zum Nachdenken gegeben, sondern ich persönlich habe aus dem Scheitern dessen, was sich Sozialismus nannte, auch aus dem Scheitern der Ideen, für die ich dort gearbeitet habe, sehr schmerzhaft, aber für mich nachhaltige Lehren gezogen. Das heißt: aus den Lehren der Geschichte nehme ich mir das Recht heraus, Gefahren für die Grundrechte und für das Grundgesetz auch hier in dieser Bundesrepublik zu verteidigen.“

Das sind für mich keine bloßen Worte, sondern schmerzhaft erkämpfte Lehren.

Für mich war 1989 keine „Sternstunde“ aus dem Nichts, sondern ein Umbruch voller Widersprüche, voller Hoffnungen, voller Ungewissheit. 1989/90 stand alles auf der Kippe – auch meine eigene Lebensgeschichte.

Ich habe dabei gelernt: Demokratie ist kein Geschenk von oben. Demokratie

wird erkämpft, manchmal auch erstritten, oft gegen Widerstände. Und sie ist nie fertig. Sie verlangt Streit, Verantwortung, Geduld – und Mut.

Das hieß auch, mich selbst zu hinterfragen – meine politische und moralische Verantwortung in der DDR. Ich war Teil dieses Systems und dachte lange in seinem Sinne. Dazu gehörte das Engagement für soziale Gerechtigkeit und für Frieden weltweit; auch als linke Lehre aus der Barbarei des Faschismus.

Rückblickend sehe ich drei Gründe für das Scheitern der DDR:

*Erstens:* Sie war wirtschaftlich nicht in der Lage, mit den führenden kapitalistischen Unternehmen Schritt zu halten.

*Zweitens:* Verbriefte Bürgerrechte sowie Grundregeln der Demokratie wurden einer vermeintlich besseren Sache wegen zurück- oder ausgesetzt – ein Rückfall hinter die Forderungen der Französischen Revolution.

*Drittens:* Das Konzept der „führenden Rolle der Partei“ lief auf Überwachung, Maßregelungen und Verfolgung hinaus. Das blockierte Vielfalt und lebendige Entwicklungen.

Das Resultat ist bekannt: Immer weniger Menschen folgten den sozialistischen Verheißungen, immer mehr protestierten dagegen.

Diese Selbstkritik hat mich auch später geleitet. Als Berichterstatterin zu den Novellierungen des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes habe ich mich besonders für jene eingesetzt, die in der DDR als Schülerinnen und Schüler politisch verfolgt wurden – und dafür, dass haftbedingte Gesundheitsschäden endlich von Amts wegen anerkannt werden. Damit konnte man Betroffenen nicht die gestohlenen Lebenschancen ersetzen, aber ihr Schicksal öffentlich anerkennen und rehabilitieren. Das war mein Beitrag, konkrete Gerechtigkeit nachzuholen.

Meine wichtigste Lehre aus 1989/90 lautet: Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Diese Erkenntnis hat mich ins Parlament geführt, und sie begleitet mich bis heute.

Ich habe oft erlebt, dass man Menschen aus dem Osten – und auch mir selbst – misstraute: Ob wir wohl wirklich überzeugte Demokratinnen und Demokraten seien? Ich weiß, dass es Angela Merkel ähnlich ging. In ihrer Festrede zum 3. Oktober 2021 hat sie das eindringlich beschrieben.

Dieses Misstrauen hat bei vielen Ostdeutschen Spuren hinterlassen. Es verstärkt sich bis heute, wenn man auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse schaut: Der Anteil Ostdeutscher in Spitzenpositionen ist immer noch sehr gering. Westdeutsche lenken nach wie vor das Land, wie Studien zeigen. Diese strukturelle Schieflage wird als Arroganz empfunden – oder als fortdauernde Nichtanerkennung ostdeutscher Lebensleistungen.

Darum ist es so wichtig, dass wir die Geschichte der deutschen Einheit ehrlich erzählen – mit ihren Hoffnungen, Erfolgen, Brüchen und Verlusten. Nicht nur als Erfolgsgeschichte, sondern als gemeinsame Lerngeschichte.

Denn Einheit bedeutet nicht Gleichmacherei. Einheit heißt, Vielfalt anzuerkennen – auch die Vielfalt von Biografien, von Lebenserfahrungen, von Wegen in die Demokratie.

Wenn wir heute, 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution, eine Bilanz ziehen, dann gehört dazu: Es gab Licht und Schatten.

Viele Menschen im Osten haben ihre Arbeit verloren. Ganze Industrien sind verschwunden. Auch hier in Wismar war das spürbar: die Werft, lange ein Symbol der Stadt, wurde zum Symbol für Sorgen, für Brüche – und doch auch für neue Chancen.

Viele Junge sind weggegangen – weil sie Arbeit suchten, weil sie Perspektiven suchten. Manche sind später zurückgekehrt. Heute verbindet sich mit der Region wieder Hoffnung: auf zukunftssträchtige Ansiedlungen, zum Beispiel in der Holzverarbeitung, in der maritimen Wirtschaft, der Wissenschaft oder auch im Gesundheitswesen.

Doch ökonomische Gleichheit ist noch lange nicht erreicht. Das Ost-West-Gefälle in der Vermögensverteilung bleibt deutlich: Ostdeutsche Haushalte besitzen im Durchschnitt rund 150.900 Euro, im Westen sind es rund 359.800 Euro. In den letzten zehn Jahren hat sich diese Lücke kaum geschlossen. Solche Unterschiede prägen Chancen, Teilhabe, Vertrauen – und sie nähren das Gefühl, Einheit sei nicht gleichwertig erlebt worden.

Einheit war zudem von Anfang an eingebettet in große Fragen. 1990 gab es im Verfassungsentwurf des Runden Tisches den Vorschlag, das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ in die Nationalflagge aufzunehmen – der Traum von einer friedlichen, gerechten Zukunft.

Niemand konnte sich damals vorstellen, dass 35 Jahre später die Werft in Wismar vor allem durch Rüstungsaufträge im Gespräch ist. Dass Kriege in Europa wieder Realität sind. Dass Abrüstung kaum noch Thema ist.

Und zugleich: Wir haben heute Anlass, über Verfassung und Demokratie erneut zu sprechen. Vor zwei Jahren haben Bodo Ramelow und ich vorgeschlagen, die Bürgerinnen und Bürger in einem Volksentscheid über das Grundgesetz entscheiden zu lassen – auch anlässlich seines 75. Jubiläums. Denn Demokratie lebt vom Vertrauen in ihre Grundlagen. Ein neuer Verfassungsdiskurs könnte helfen, dieses Vertrauen neu zu begründen und auszubauen.

Meine Damen und Herren,

wir feiern heute die Einheit. Dieser Jahrestag sollte uns nicht nur Gelegenheit für eine Rückschau geben, sondern auch Kraft für die Herausforderungen der Gegenwart.

Die Deutsche Einheit zeigt eindrucksvoll: Wir haben es in der Hand, die Geschicke unseres Landes zu verändern, wenn Träume und Visionen mit Mut verfolgt werden.

Der Traum von 1989/1990 ist in vielerlei Hinsicht Wirklichkeit geworden: Es gibt in unserem Land ein Maß an individueller Freiheit, das historisch nahezu beispiellos ist. Es gibt ein Recht auf Teilhabe, das gleichberechtigte Beteiligung ermöglicht – auch, wenn soziale und materielle Gerechtigkeit weiter ausgebaut werden müssen. Wir haben leistungsstarke Institutionen, einen funktionierenden Rechtsstaat, und wir sind Teil der Europäischen Union – dem erfolgreichsten Friedensprojekt unseres Kontinents.

Aber die Errungenschaften von 1989/1990 sind heute bedroht. Wir stehen vor großen Herausforderungen:

- Der Krieg in der Ukraine, der uns mit brutaler Gewalt daran erinnert, dass Frieden nicht selbstverständlich ist.
- Hybride Angriffe auch im Ostseeraum.
- Wohlstandsverlust durch wirtschaftliche Stagnation, Handelskonflikte und das zu geringe Tempo der grünen Transformation.
- Wachsende Europaskepsis und abnehmende internationale Solidarität.
- Angriffe auf unsere Demokratie und Grundwerte von Populisten, Rechtsextremisten, Rassisten und Antisemiten.
- Die zunehmende Unzufriedenheit mit politischem Handeln.
- Der digitale Wandel, der Chancen eröffnet, aber auch Desinformation und Hetze verstärkt.
- Und die Klimakrise, die mutige Entscheidungen verlangt.

Viele dieser Herausforderungen werden heute für einen “Kulturkampf” instrumentalisiert, wobei verkannt wird: Es geht schlicht um die Sicherung der Grundlagen unseres Zusammenlebens!

Gerade im Lichte der benannten Herausforderungen, ist es umso wichtiger, dass wir uns erinnern, wofür 1989 stand: für Freiheit, für Mitbestimmung, für Gerechtigkeit. Und dass wir diese Werte heute entschlossen verteidigen.

Deutsche Einheit ist nicht nur Vergangenheit. Sie ist ein Auftrag für

Gegenwart und Zukunft.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich habe viel von Brüchen und Sorgen gesprochen – und von Träumen und Hoffnungen. Von 1989, von der Einheit, von all den Wegen, die wir seitdem gegangen sind.

Eines möchte ich am Ende besonders betonen: Es gibt in unserem Land sehr viele Menschen mit einem klaren Kompass.

Menschen, die Verantwortung übernehmen – in den Familien, in den Betrieben, in den Kommunen, in Vereinen und Initiativen.

Menschen, die nicht zuerst fragen: „Was habe ich davon?“, sondern: „Was können wir gemeinsam schaffen?“

Solche Menschen brauchen wir – gerade in Krisenzeiten.

Und wir brauchen Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die Entscheidungen nicht nach Schlagzeilen treffen, sondern mit Blick auf die kommenden Generationen.

Für mich gilt seit 1989:

Pro Bürgerrechte und Demokratie. Contra Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Das war mein Kompass auf dem Alexanderplatz, es war mein Kompass in all den Jahren im Bundestag – und er bleibt mein Kompass heute.

Deutsche Einheit ist mehr als ein Feiertag. Sie ist eine tägliche Aufgabe – für

uns alle, und für die, die nach uns kommen.

Lassen Sie uns diesen Auftrag annehmen.

Mit Mut. Mit Zuversicht. Und mit der festen Überzeugung: Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen.

Vielen Dank.